Nummer 341

Berliner Börsen-Zeitung

Morgenausgabe · Preis 10 Pfennig. 71. Jahrgang. Freitag, 24. Juli 1925

Als Beilagen erscheinen: Der vollständige Kurszettel der Berliner Börse, die Steuerpraxis, Praxis des Arbeitsrechts, der Handel mit dem Osten und viele tabellarische Übersichten. Der deutsche Beamte.

Für Manuskripte übernimmt unser Verlag keine Verantwortung | Reise- und Bäder-Beilage sowie „Welt und Wissen", tägliche Unterhaltungsbeilage mit Roman | Unverlangt eingesandten Manuskripten ist Rückporto beizufügen

Verantwortl. Leiter: Handelsteil: W. Funk, Berlin; Polit. Teil: Dr. Paul Oesterich, Berlin; Kunst, Wissenschaft und Lokales: L. Köpcke, Berlin-Steglitz; Inseratenteil: H. Mengelwald, Berlin-Charlottenburg. Verlag und Druck: Berliner Börsen-Zeitung. Druckerei und Verlag, Ges. m. b. H., Berlin W 8, Kronenstraße 37

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin W 8, Kronenstr. 37

Zuschriften sind nur an die Geschäftsstelle zu richten.

Fernsprecher: Für den handel Zentrum 8669; für Politik, Kunst und Lokales Zentrum 243, für die Expedition Zentrum 12352 und für die Druckerei Zentrum 2488

Anzeigenpreis: Die 12gespaltene Zeile 1,— Rmk., Stellungsuchende 0,50 Rmk., Reklamezeile 5,— Rmk. Bezugs-Preis: Monatlich 6,00 Rmk. Die Zeitung erscheint in der Woche zweimal. Bestellungen nehmen Zeitungsspediteure unsere Geschäftsstelle und alle Postanstalten des Deutschen Reiches entgegen. Auslands-Bezug nur unter Streifband. Bestellungen sind direkt an unsere Geschäftsstelle zu richten. Der Bezugspreis beträgt im III. Quartal 1925 für Amerika 9 Dollar, Frankreich 175 französische Francs, Belgien 200 belgische Francs, Schweiz 50 schweizerische Francs, Holland 22,50 holländische Gulden, Dänemark 80 dänische Kronen, Schweden 30 schwedische Kronen Norwegen 60 norwegische Kronen, England 40 Schilling, Italien 200 Lire, Rumänien 2000 rumänische Lei, Spanien 70 spanische Peseten, Tschechoslowakei 300 tschechische Kronen, Brasilien 90 Milreis, Argentinien 26 Pesos, Serbien 925 Dinar; für den Monat Juli 1925 nach Oesterreich, Ungarn, Polen 10,50 Rmk., Litauen 30 Lit, Lettland 775 lettische Rubel, Finnland 125 finnische Mark, Estland 1300 estländische Mark

Telegramm-Adresse: „Börsenkrone" | Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung eines entsprechenden Entgelts | Postscheck-Konto: Berlin Nr. 26412.

Beginn des englischen Bergarbeiterstreiks am 31. Juli.

London, 23. Juli.

Der Vollzugsausschuß des Bergarbeiterbundes beschloß, die Bergleute anzuweisen, am 31. Juli in den Streik zu treten.

Auch bei den Eisenbahnern in England Streikgefahr.

EP **London**, 23. Juli.

Ein Ausstand droht auch bei den Eisenbahnern. Die Delegierten von 82 Eisenbahnergewerkschaften (die Lokomotivführer ausgenommen) haben gestern beschlossen, den Vorschlag der Gesellschaften, die Löhne um 5 Proz. herabzusetzen, abzulehnen. Die Versammlung beschloß außerdem, eine Unterredung mit Vertretern der Gesellschaften herbeizuführen. Nachher solle ein nationaler Eisenbahnkongreß zusammentreten, um endgültige Beschlüsse zu fassen.

Ueberfall auf einen Amerikaner in China.

Peking, 23. Juli.

Major Morgan Palmer, ein Amerikaner aus Chicago, der in der nördlichen Mandschurei im Interesse von Flüchtlingen aus den Hungersnotbezirken eine Farm betrieb, wurde am letzten Montag von Räubern überfallen. Die Einwohner der Farm verteidigten sich; im Laufe des Gefechts wurde Palmer getötet, der Angestellte Dr. Howard vom Rockefeller-Institut in Peking gefangengenommen. Die andern Ausländer entkamen. Der amerikanische Konsul in Charbin begab sich zur Tschangtsolin und forderte ihn auf, die Freilassung des Arztes zu bewirken.

Auflösungen von Arbeitervereinigungen.

Schanghai, 23. Juli.

Der Befehlshaber der mandschurischen Truppen im Gebiet von Schanghai, der kürzlich eine Proklamation erlassen hatte, nach der er keine Tätigkeit dulden werde, die den Frieden stören könnte, ließ die Hauptquartiere mehrerer Arbeitervereinigungen auflösen.

Kobe, 23. Juli.

Die 82 Mann starke chinesische Besatzung des Dampfers „Tatthybius" ging bei Ankunft des Schiffes im hiesigen Hafen von Bord. Eine neue Besatzung wird an Ort und Stelle angemustert.

Die Regelung der englischen Flottenneubauten.

London, 23. Juli.

Im Unterhaus teilte der Premierminister mit, daß im Oktober mit dem Bau von zwei Kreuzern, im Februar mit dem Bau zweier weiterer begonnen wird, und daß in den folgenden Jahren je drei neue Kreuzer hinzu gebaut werden sollen. Dies bedeutet für das gegenwärtige Finanzjahr den Bau von vier Kreuzern und für das nächste Jahr von drei Kreuzern. Die Regierung beschloß ferner, jährlich neun Zerstörer und sechs Unterseeboote einschließlich verschiedener Ergänzungsschiffe zu bauen. Dieser Bau soll in dem Finanzjahr 1926/27 beginnen und während der gewöhnlichen Sitzungsperiode des Unterhauses fortgesetzt werden. Mit diesem Bauprogramm soll eine Vermehrung der gesamten Verantwortschläge für die Seestreitkräfte nicht verbunden sein.

Baldwin wies noch darauf hin, daß die friedliche Weltlage und das Fehlen von irgendwelchem Antagonismus zwischen den Großmächten zur See es ermöglicht habe, die vor zwei Jahren gemachten Vorschläge beträchtlich abzuändern. Einige der neuen Kreuzer würden dem bestehenden Zehntausend-Tonnen-Typ entsprechen, die andern würden mit ungefähr 8000 Tonnen kleiner und deshalb billiger sein. Henderson kündigte an, daß die Opposition am nächsten Dienstag eine Aussprache über diese Erklärung Baldwins herbeiführen würde.

Belgien wünscht Zahlungserleichterungen.

TU **New-York**, 23. Juli.

Die belgische Kriegsschuldenkommission hat bei der amerikanischen Regierung angefragt, ob der Termin der Schuldenrückzahlung nicht von 62 auf 99 Jahre verlängert und die Ratenzahlungen nicht niedriger gehalten werden könnten, als die englischen.

— **Zur Böllersdorfer Affäre.** Die Wiener Blätter melden: Im Schlusse der Generalversammlung der Niederösterreichischen Elektrizitätswirtschafts-Aktiengesellschaft beantragte das sozialdemokratische Mitglied des Verwaltungsrates, Abgeordneter Seper, daß die Generalversammlung den Sektionschef a. D. Eittner auffordern solle, sein Mandat als Verwaltungsrat der Gesellschaft niederzulegen, da seine Tätigkeit in Böllersdorf ein Zusammenarbeiten mit ihm unmöglich machte. Eittner war dem Verwaltungsrat als Vertreter der Böllersdorfer Werke zugeteilt. Landeshauptmann Dr. Buresch, der den Vorsitz führte, teilte mit, daß die Böllersdorfer A.-G. mitgeteilt habe, Eittner behalte zur Wahrung des der Gesellschaft vertragsmäßig zustehenden Rechtes der Kontrolle sein Verwaltungsratmandat weiter. Landeshauptmann Bursch schloß sich dem Antrage Seper an. Der Antrag Seper wurde angenommen.

Kanzlerrede über Außenpolitik.

Abstimmungserfolg der Regierung Luther.

Die außenpolitische Debatte im Reichstage hat gestern ein schnelles und durch keine Ueberraschungen hinausgeschobenes Ende gefunden. Es war vorauszusehen, daß die Redner der kleineren Parteien sich höhnes großen Interesses mehr erfreuen würden, und der Demokrat Haas tat ein übriges, um, abgesehen von seinen Fraktionsfreunden, langsam auch die letzten Abgeordneten noch aus dem Sitzungssaale zu scheuchen. Nur der Reichskanzler und einige Minister hatten die Ausdauer, mehr als drei Stunden lang die Reden über sich ergehen zu lassen. Gegen sechs Uhr endlich konnte der Präsident dem Reichskanzler Dr. Luther das Wort geben.

Die Ausführungen Dr. Luthers, die unter größter Aufmerksamkeit angehört wurden, waren Wort für Wort eine wohlermogene Ergänzung und eine in vieler Beziehung unterstrichene Erweiterung der Stellungnahme der Reichsregierung, wie sie besonders durch die vorgestrige Rede des Außenministers zum Ausdruck gekommen war. Dr. Luther ging von der betonten Feststellung aus, daß die Aussprache im Reichstage eine sichere Mehrheit für die Außenpolitik der Reichsregierung ergeben habe. Er ließ durchblicken, daß es ihm bei dieser ganzen Episode wesentlich darauf ankam, dem Auslande gegenüber den zahlenmäßigen Beweis dafür zu erbringen, daß seine Regierung eine sichere Mehrheit der Volksvertretung hinter sich habe. Indem der Reichskanzler die Besprechung der Sicherheitspaktangelegenheit lediglich zum Ausgangspunkt für den Kern seiner Rede machte, ging er dann dazu über, in kurzen, klaren, außerordentlich eindrucksvollen Sätzen die nationalen Forderungen zu umreißen, die das deutsche Volk in außenpolitischer Beziehung überhaupt zu stellen hat. Er bezeichnete die Erfüllung dieser Forderungen als die notwendige Grundlage für die Konkretisierung der schwebenden Erörterungen, stellte die Forderungen dadurch in den Vordergrund und stempelte sie zu dem Thema der Außenpolitik: Gleichberechtigung Deutschlands neben den im Völkerbunde vereinigten Staaten, hauptsächlich durch Sonderbehandlung Deutschlands in Bezug auf den belannten § 16 der Völkerbundsatzungen, Anmeldung der Forderung auf Räumung der nördlichen Rheinlandzone und Vereinigung der Entwaffnungsangelegenheit im deutschen Sinne, bevor die allgemeinen Fragen greifbaren Zielen entgegengetragen werden, Feststellung, daß der etwaige Abschluß eines Sicherheitspaktes mit dem Inkrafttreten der Rückwirkungen Hand in Hand gehen muß.

Dr. Luther ist mit diesen notwendigen Ergänzungen dem berechtigten Verlangen der Rechtsparteien und der hinter ihnen stehenden Kreise des Volkes entgegengekommen. Er hat wenigstens die Theorien, die der Ausgangspunkt der ganzen Erörterungen gewesen sind, zurückgestellt hinter drängenderen, näherliegenden, praktischen Interessen der Nation. Er vermochte denn auch durch seine den Realitäten der politischen Lage Rechnung tragenden Ausführungen Elemente der Rechten für sich zu gewinnen, die bis dahin noch zweifelnd beiseite gestanden hatten. Durch Dr. Luthers Eingreifen wurde die Abstimmung zu einem ziemlich starken Erfolge seiner Koalitionsregierung.

*

Nachstehend geben wir den Wortlaut der Ausführungen des

Reichskanzlers Dr. Luther:

„Es ist mir bis zu diesem Augenblick unbekannt, wie der formelle parlamentarische Abschluß der Erörterung sich gestalten wird. Ich kann mich deshalb nur auf die tatsächlichen Ausführungen der Fraktionsredner stützen. Nun sind gewiß in wohl allen Reden eine Reihe von Abweichungen zutage getreten, der Beurteilung des Vergangenen, Gegenwärtigen und Zukünftigen; auch politische Fragen aus anderen Arbeitsgebieten der deutschen Reichspolitik haben in die Erörterungen hineingelungen. Das alles aber hindert nicht die Feststellung, daß im Endergebnis eine große Mehrheit des Reichstages in der sachlichen Einstellung sich im Einklang mit der Note der Reichsregierung an die französische Regierung befindet, in der die Stellungnahme der Reichsregierung ihren Niederschlag gefunden hat. Die Reichsregierung kann hieraus den Schluß ziehen, daß sie mit ihrer Haltung den politischen Willen der großen Mehrheit des deutschen Volkes zum Ausdruck bringt. Da auch die sich nunmehr anschließenden Schritte im Geiste und Sinne der Note getan werden sollen, so wird für die bevorstehende außenpolitische Arbeit durch diese in der Volksvertretung zutage getretene weitgehende Zustimmung der Einstimmigkeit und Gesamtverantwortlichkeit der Reichsregierung ein besonderes Gewicht gegeben. Ich könnte mich mit dieser Feststellung begnügen, wenn ich nicht im Zusammenhang mit der weiterhin einzuschlagenden Taktik und mit Rücksicht auf Fragen, die gestellt worden sind, noch einige Bemerkungen machen wollte.

Ich schicke dabei voraus, daß die Anregungen, die die Reichsregierung aus den Verhandlungen in diesem hohen Hause empfangen hat, für unsere künftigen Beratungen von besonderer Bedeutung sein werden. Natürlich bin ich nicht imstande, über die einzuschlagende Taktik im einzelnen jetzt endgültiges zu sagen, denn die Taktik muß sich der sich ergebenden Sachlage anpassen.

Auf der andern Seite handelt es sich darum, durch zielbewußte Verfolgung des Sicherheitsgedankens eine dauerhafte Grundlage für den europäischen Frieden zu schaffen. Ich kann allen Rednern beipflichten, die betont haben, daß die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Lebensfähigkeit Europas und gerade auch Deutschlands davon abhängt, daß ein wirklicher Friede geschaffen wird. Nur ein wirklicher Friede kann die Grundlage für eine wirtschaftliche Erholung und hoffentlich neue wirtschaftliche Blüte abgeben. Die deutsche Regierung ist einmütig von der Wichtigkeit dieses hohen Zieles durchdrungen und entschlossen, es mit allen Kräften zu erreichen. Andererseits muß die deutsche Regierung bei den weiteren Schritten fest im Auge behalten, daß die großen Grundgedanken, die allein ein friedliches Zusammenleben der Völker ermöglichen,

auch Deutschland gegenüber zur Anwendung gebracht werden.

(Sehr gut! rechts.) Ein wirklicher Friede kann eben nur durch allgemeine Ordnung der Dinge erreicht werden. Deutschland kann deshalb einen Sicherheitspakt nur auf der Grundlage der Gleichberechtigung und Gegenseitigkeit abschließen. (Lebhafte Zustimmung rechts und in der Mitte.) Auch die großen neuen Rechtsgedanken, die das Grundgerüst des Völkerbundes darstellen, wie das Selbstbestimmungsrecht der Völker, dürfen nicht etwa durch eine neue Abmachung geschmälert werden (Lebh. Beifall). Auch hinsichtlich der Völkerbundsfrage möchte ich noch einmal aussprechen, daß die Darlegungen, die die deutsche Regierung schon im September-Memorandum betr. den Völkerbundseintritt gemacht hat und auf die sie jetzt wiederum hinweist, gerade von dem Verlangen der deutschen Regierung getragen sind, eine wirkliche Gleichberechtigung im Völkerbund für Deutschland zu erzielen. Solche Gleichberechtigung kommt noch nicht in einer lediglich formalen gleichmäßigen Geltung der Paragraphen zum Ausdruck. (Lebh. Sehr wahr!) Denn so besehen kann formales Recht in Wahrheit Unrecht sein. (Beifall rechts.) Wirkliche Gleichberechtigung beruht vielmehr in der Anerkennung, daß die tatsächlich gegebenen Verhältnisse berücksichtigt werden müssen, um eine wirkliche Gleichberechtigung herzustellen. (Beifall.) Diese sind aber in Anwendungsbereich des § 16 der Völkerbundssatzung für Deutschland so abweichend von der für andere Länder geltenden Verhältnissen, daß Deutschland auf eine Anerkennung dieses Umstandes und entsprechende Regelung der Verhältnisse ein, wie mir scheint, wesentliches Anrecht hat.

Besonders die

Abrüstungsfrage

wird hier akut. Es ist ein vollkommen unhaltbarer Zustand, daß, während der gleichzeitigen Durchführung der Entwaffnung bis zu einem Grade, der Deutschland in wahrstem Sinne des Wortes wehrlos gemacht hat (Sehr wahr!), andere Länder in ihrer Bewaffnung fortschreiten und so die im Versailler Vertrage proklamierte allgemeine Abrüstung zu einem toten Buchstaben wird. (Sehr wahr!) Gegenüber dieser Sachlage muß Deutschland dafür sorgen, daß es wenigstens eine rechtliche Gewähr dafür bekommt, daß sein Gebiet nicht Aufmarschgebiet und Operationsland für diejenigen militärischen Auseinandersetzungen werden kann, die aus dem allgemeinen Rüstungswettbewerb trotz oder gerade infolge des Völkerbundsverfahrens entstehen können. (Sehr gut!)

Kein Zweifel ist darüber aufgetaucht, daß die endgültige Regelung der jetzt in Erörterung befindlichen allgemeinen Fragen erst möglich ist, wenn alle mit der Entwaffnungsfrage zusammenhängenden Fragen und auch die Räumung der nördlichen Rheinlandzone befriedigend geregelt sind.

Auch das sogenannte Investigations-Protokoll entspricht nicht dem Geiste der jetzt erstrebten neuen Abmachungen. Für ganz selbstverständlich halte ich, daß die jetzt in Gang befindliche Räumung des Ruhrgebietes nicht etwa nur eine Truppenverlegung darstellt. (Sehr richtig!) Zu der von mehreren Rednern in böser Richtung gedeuteten Sorge, kann ich mitteilen, daß bisher keine Tatsache für die Berechtigung dieser Befürchtungen vorliegt. Gegenüber mehreren Bemerkungen aus dem Hohen Hause stelle ich fest, daß nach Auffassung der Reichsregierung hinsichtlich der Rückwirkung des Sicherheitspaktes so verfahren werden muß, daß diese Rückwirkungen gesichert sind. Wir können keinen Augenblick vergessen, daß, bei aller Aussicht in die großen Entwicklungsmöglichkeiten der europäischen Politik und aller Verbundenheit des deutschen Schicksals mit dieser Gesamtentwicklung, es für die deutsche Regierung eine naheliegende Pflicht ist, nach allen Kräften unseren Volksgenossen, denen, die für das ganze deutsche Volk die schwere Last der Besatzung getragen haben, zu helfen. (Lebh. Beifall.) Auch ich benutze die Gelegenheit der großen politischen Aussprache, um dem deutschen Volk an Rhein, Ruhr und Saar die Grüße des ganzen Vaterlandes zu übermitteln (lebh. Beifall) und mit besonderer Anteilnahme derer zu gedenken, deren endgültige Befreiungsstunde noch nicht geschlagen hat. (Lebh. Beifall.) Diesem Teil unseres deutschen Volkes wird am besten gedient werden, wenn die Herstellung von der Notwendigkeit eines wirklichen Friedens in Europa sich auch anderhalb Deutschlands immer mehr ausbreitet. Die deutsche Regierung wird zur Herbeiführung des endgültigen Friedenszustandes alles tun, was in ihren Kräften steht." (Lebh. Beifall rechts.)

* * *

Der Antrag Graf Westarp und Genossen:

„Indem der Reichstag über die Anträge der deutschvölkischen Arbeitsgemeinschaft und der kommunistischen Fraktion zur Tagesordnung übergeht, billigt er die Antwortnote und die darin zum Ausdruck kommenden politische Stellungnahme der Reichsregierung"

wurde mit 235 gegen 158 Stimmen bei 13 Enthaltungen angenommen. Für den Antrag stimmten die Deutschnationalen, die Deutsche Volkspartei, das Zentrum, die Bayerische Volkspartei und die Demokraten.

Der Verlauf der Sitzung.

Am Regierungstische: Reichskanzler Dr. Luther, Dr. Stresemann, Schiele und die anderen Mitglieder des Kabinetts.

Präsident Löbe eröffnet die hundertste Sitzung um 2 Uhr 15 Min. und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß in dieser 100. Sitzung nicht allzuviele Sitzungen noch folgen werden. (Lebh. Beifall. — Auf dem Präsidententisch steht aus Anlaß des Sitzungsjubiläums ein großer Strauß von roten und weißen Nelken.

Die außenpolitische Aussprache wird darauf fortgesetzt. Weder Erwarten nimmt nicht Reichskanzler Dr. Luther das Wort, sondern die erste Rednerreihe der Parteien wird fortgesetzt.

Abg. Dr. Haas (Dem.) nennt es ein tragisches Schicksal, daß das deutsche Volk gezwungen sei, zu zu dreißen Schichten hinter einer Außenpolitik zu treten, die so schwer und so hart sei. Der Redner billigt die Außenpolitik der Regierung, die darauf hinauslaufe, eine Besserung des deutsch-französischen Verhältnisses anzubahnen. Diese Besserung sei die Grundlage für eine Befriedung Europas. Allein auf dieser Grundlage liege auch die Befreiung des Rheinlandes. Zu dem heutigen Frankreich könne man ein offenes Wort sprechen. Zweifellos war das uns zugefügte Unrecht groß; aber trotz hoffen, daß nunmehr die deutsch-französischen Beziehungen im Geiste wahrhafter Demokratie ausgeglichen werden. Der Redner fragt, warum denn die von den Deutschnationalen so oft aufgerührte Kriegsschuldfrage in der Note nicht erwähnt werde. Tiefstimmerzlich sei der Verzicht auf Elsaß-Lothringen. Elsaß-Lothringen solle nicht wieder zum Knotenpunkt zwischen Deutschland und Frankreich werden, aber die deutsch-elsässische Kultur müsse erhalten bleiben. Der Redner erklärt, die Demokraten würden auch als Oppositionspartei die Steilung des Außenministers gegenüber dem Auslande nicht schwächen.

Abg. Dr. Bredt (Wirtsch.) bringt die Zustimmung seiner Fraktion zur Außenpolitik des Kabinetts, wenn auch das Vorgehen des Außenministers zunächst im Lande Ueberraschung hervorgerufen habe. Selbstverständlich sei es, daß wir in den Völkerbund eintreten, wir müssen dann aber auch gleichberechtigte Mitglieder sein. Obwohl die Wirtschaftliche Vereinigung in manchen innerpolitischen Fragen anderer Meinung sei wie die Reichsregierung, werde sie sie in der Außenpolitik unterstützen.

Abg. Leicht (Bvp.) bedauert, daß das Auswärtige Amt so wenig Fühlung mit den Reichstagsparteien halte. Der Redner stimmte grundsätzlich der deutschen Antwortnote zu und bedauerte, daß innerpolitische Streitigkeiten die Bildung einer großen umfassenden außenpolitischen Front im Reichstage verhindern. An der Forderung der Gleichberechtigung Deutschlands und der Gegenseitigkeit des Paktes dürfen unter keinen